

Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Erscheint wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementpreis M. 1,50 pro Vierteljahr. Zu beziehen durch
alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: M. Kaiser, Berlin.
Für die Expedition und den Anzeigenteil: Eduard Steinbrenner, Berlin.
Redaktion und Expedition: Berlin SO. 16, Am Mühlischen Park 2.

Inserate für die viergespaltene Beitzelle oder deren Raum 1 M.
Bergungsanzeigen und Arbeitervermittlungen 50 Pfg.
Versammlungsanzeigen 30 Pfg.

Der Parteitag in Würzburg.

Der Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, der in der Woche vom 14. bis 20. Oktober in Würzburg abgehalten wurde, war ein bedeutendes Ereignis. Mit gespannter Aufmerksamkeit wurden seine Verhandlungen nicht nur von der Arbeiterschaft, sondern auch von der gesamten bürgerlichen Welt verfolgt, und auch im Ausland brachte man dem Parteitag lebhaftes Interesse entgegen.

Es war der erste Parteitag während der Kriegszeit, und sein äußerer Verlauf hat sich von seinen Vorgängern merklich unterschieden. War es früher die Regel, daß es auf den sozialdemokratischen Parteitagen zeitweilig zu stürmischen Auseinandersetzungen kam, so sind diesmal heftige Zusammenstöße ausgeblieben. Dabei herrschte keineswegs in allen Fragen völlige Einmütigkeit. Das zeigte sich nicht nur bei den Abstimmungen, bei denen allerdings die wichtigsten Beschlüsse mit überwältigender Mehrheit gefaßt wurden, viel deutlicher trat es in den Reden zutage, die erkennen ließen, daß es in der Partei verschiedene Strömungen gibt. Diese Tatsache ist aber durchaus kein Unglück. Völlige Übereinstimmung in allen Fragen ist in einem großen Parteikörper ganz unmöglich, und wenn sie vorhanden wäre, dann wäre das ein wenig erwünschter Zustand. Der Austrag der Meinungsverschiedenheiten schützt die Partei vor Erstarrung. In ehrlichem Kampf sollen die Geister miteinander ringen; die besten Argumente werden den Sieg davontragen. Ist aber die Entscheidung gefallen, dann muß sich die unterlegene Minderheit der Mehrheit unterordnen. Sie braucht ihre Auffassung nicht abzuschwören, sie mag für sie weiter Propaganda machen, aber sie darf die Durchführung der gefaßten Beschlüsse nicht stören. Im Handeln muß die Partei einig sein, sonst verliert sie das Vertrauen der Massen, und sie bringt sich um jeden Einfluß bei der Verfolgung ihrer Ziele.

In dem großen Gebäude der Sozialdemokratie ist Raum für verschiedene Richtungen, wenn die Angehörigen der Partei nur in den Grundanschauungen übereinstimmen und den demokratischen Grundsatz anerkennen, daß die Aktionen der Partei von der Mehrheit bestimmt werden. Die Verleugnung dieser demokratischen Grundforderung hat zur Spaltung der Partei geführt, und die abgesplitterte Minderheit muß, um ihre Existenzberechtigung zu beweisen, ihren Kampf in erster Linie gegen die seitherigen Parteigenossen richten. Es ist kaum anzunehmen, daß es in der Arbeiterbewegung Leute gibt, die aufrichtige Freude an diesem Bruderkrieg haben. Dem verhassten Kampfbahn mag es vielleicht Genugtuung bereiten, seinem früheren Kampfgenossen und nunmehrigen Gegner einen kräftigen Hieb versetzt zu haben. Aber jeder Hieb im Bruderkampf, und wäre er noch so gut gezielt, trifft die eigene Klasse. Die Spaltung der Sozialdemokratie hat der Arbeiterklasse seither schon schweren Schaden zugefügt, unermesslicher Nachteil steht zu erwarten, wenn der mit der Spaltung begangene Fehler nicht recht bald wieder gutgemacht wird.

Die Parteispaltung ist von großer unmittelbarer Bedeutung auch für die Gewerkschaften. Den Gewerkschaften stehen gewaltige Aufgaben bevor. Noch läßt sich schwer übersehen, wie sich die wirtschaftlichen Verhältnisse nach dem Kriege gestalten werden, aber feststeht, daß während des Krieges die Unternehmerorganisationen bedeutend erstarkt sind. Manche wirtschaftlichen Maßnahmen während des Krieges, die unter dem Gesichtspunkt der Produktionsförderung durchgeführt wurden, bringen ganz von selbst einen engeren Zusammenschluß der Unternehmer, deren Organisationen fortgesetzt an Macht und Einfluß zunehmen. Diese Macht werden die Arbeiter in sehr unangenehmer Weise zu spüren bekommen, wenn sie die Dinge treiben lassen und sich nicht rechtzeitig auf die Gegenwehr einrichten. Das engere Zusammenarbeiten der verschiedenen Gewerkschaftsrichtungen, in welche die Arbeiter leider noch gespalten sind, ist eine durch die wirtschaftlichen Verhältnisse gebotene Notwendigkeit. Es wird über das Kriegsende hinaus anhalten und vielleicht noch weiter ausgebaut werden müssen, um die Arbeiter vor Nachteil zu bewahren. Die Kräfte der Arbeiterorganisationen müssen auf das engste zusammengefaßt werden. Mit vollem Recht wandte sich Adolf Braun gegen die außerordentliche Frivolität, jetzt die Gewerkschaften sprengen zu wollen, wie man die politische Partei gesprengt hat. Unter dem stürmischen Beifall des Parteitages führte dieser alte Freund und Berater der Gewerkschaften aus, daß wer an die Geschlossenheit der Arbeiterbewegung auf wirtschaftlichem Gebiet rührt, das ungeheuerlichste aller denkbaren Verbrechen an der Arbeiterklasse begeht und das schlimmste Unglück über sie heraufbeschwört.

Mit allen gegen sieben Stimmen hat der Parteitag eine Resolution angenommen, die sich für die Herbeiführung der Parteieinheit ausspricht. Der Wille zur Einheit ist sicherlich in den Massen der Arbeiter vorhanden. Wir können nur wünschen, daß diesem Willen recht bald die Tat folgen möge.

Die Frage der Kriegskredite hat den Anstoß zur Spaltung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion gegeben, die dann zur Spaltung der Partei führt. Die über-

wältigende Mehrheit des Parteitages hat das Verhalten der Fraktion gebilligt. Eine Resolution, welche die Fraktion darauf festlegen wollte, künftig die Kriegskredite abzulehnen, wurde mit 258 gegen 26 Stimmen abgelehnt. Mit 262 gegen 14 Stimmen wurde eine Resolution angenommen, welche die Pflicht zur Landesverteidigung anerkennt und das seitherige Verhalten der Reichstagsfraktion billigt. Mit großem Nachdruck fordert die Resolution demokratische Reformen, und der Parteitag erklärt, daß er die Verantwortung für alle Folgen ablehnt, die sich aus der Verzögerung der Erfüllung dieser Forderungen ergeben. Damit wird der Fraktion für ihre weitere Stellung zu den Kriegskrediten freie Hand gelassen. Wenn der Regierung an der Zustimmung der Sozialdemokraten zu den Kreditforderungen gelegen ist, dann wird sie gegenüber den Forderungen des Parteitages größeres Entgegenkommen beweisen müssen.

Nach der Kritik der Vorgänge, die hinter uns liegen, wandte sich der Parteitag den Aufgaben zu, die der Partei in der Zukunft harren. Ueber die Einzelfragen, wie Demokratisierung, Steuerfragen, Wirtschafts- und Sozialpolitik und Sozialpolitik, lagen dem Parteitag gedruckte Referate vor, wodurch mehr Zeit für die Aussprache gewonnen wurde. Hierbei wurden wertvolle Anregungen gegeben, und die sorgfältig ausgearbeiteten Resolutionen enthalten ein vollständiges Programm für die Uebergangswirtschaft, auf welches man noch öfters zurückkommen wird. Das Referat und Diskussion über die Ernährungsrage eine einzige große Anklage gegen die Regierung war, die in dieser Hinsicht ihre Pflichten arg vernachlässigt hat, kann nach Lage der Dinge nicht wundernehmen.

Mit dem Verlauf des Parteitages kann man im ganzen vollauf zufrieden sein. Er hat die schwierigen Aufgaben, die ihm gestellt waren, in befriedigender Weise gelöst. Mit theoretischen Problemen, die auf früheren Parteitagen oft Anlaß zu hitzigen Debatten gaben, die nicht immer in angenehmen Formen geführt wurden, hat sich der Parteitag nicht beschäftigt, um so größere Aufmerksamkeit schenkte er den Fragen der Gegenwart und der unmittelbaren Zukunft. Die Partei hat ihre Stellung zur kapitalistischen Wirtschaftsordnung nicht geändert. Sie wird nach wie vor deren Mängel kritisieren und auf ihre Beseitigung hinarbeiten. Sie wird aber noch mehr, als das früher der Fall war, praktische Arbeit leisten im Interesse der breiten Volksschichten. Mit besonderer Befriedigung erfüllt uns die vom Parteitag bekundete Bereitwilligkeit zur Herbeiführung der Parteieinheit. Hoffen wir, daß der Wille zur Einigkeit sich auch auf der anderen Seite in gleicher Weise äußert. Die Einheit der Arbeiterbewegung muß wieder hergestellt werden, möge sie zum Heile der Arbeiterschaft recht bald kommen.

Aus der Musikinstrumentenindustrie.

Die Musikinstrumentenindustrie hat sich von dem Schlag, den ihr der Ausbruch des Krieges versetzt hat, wieder kräftig erholt. Der Geschäftsbericht der Berufsgenossenschaft der Musikinstrumentenindustrie für das Jahr 1916 stellt fest, daß das Berichtsjahr der Industrie einen lebhafteren Absatz ihrer Erzeugnisse gebracht hat. Außerdem beteiligte sich ein Teil der großen und mittleren Betriebe an der Herstellung von Kriegsmaterial. Die Folge war eine erhebliche Zunahme der beschäftigten Personen.

Der Erhöhung der Betriebsstätigkeit ist, wie es im Bericht heißt, die Zunahme sowohl der angemeldeten als auch der im Berichtsjahr erstmalig entschädigten Unfälle auf dem Fuße gefolgt. Beunruhigt wurde diese Unfallhäufigkeit weiterhin durch die Beschäftigung sehr junger und alter Personen (als Ersatzkräfte) mit Arbeiten, die ihnen bisher fremd waren. Diese Zunahme der Unfälle wird voraussichtlich im Jahre 1917 eine weitere Steigerung erfahren. Der Vorstand der Berufsgenossenschaft spricht hier offen eine Tatsache aus, die zwar ohnehin bekannt ist, auf die jedoch nicht nachdrücklich genug hingewiesen werden kann. Die Notwendigkeit, bei dem Mangel an geübten Arbeitern auf Ersatzkräfte zurückzugreifen, erhöht die Unfallgefahr und sollte die Unternehmer veranlassen, dem Unfallschutz erhöhte Beachtung zu schenken. Aber selbst wo der beste Wille dazu vorhanden ist, stellen sich ihm in manchen Fällen fast unüberwindliche Schwierigkeiten entgegen. Der Mangel an geübten Arbeitskräften bewirkt, daß die Beaufsichtigung der Ersatzkräfte nicht mit der erforderlichen Schärfe erfolgt. Dazu kommt, daß die Beschaffung notwendiger Schutzvorrichtungen oft mit Schwierigkeiten verbunden ist, weil die Eisen- und Maschinenindustrie mit Kriegsaufträgen überlastet ist, und deshalb auch dringende Privataufträge zurückstehen müssen.

Der Vorstand der Berufsgenossenschaft richtet immer wieder an die Genossenschaftsmitglieder die Aufforderung, dafür zu sorgen, daß beim Bezug von Maschinen und sonstigen Betriebsvorrichtungen die vorgeschriebenen Schutzvorrichtungen mitgeliefert werden. Es wird dringend empfohlen, beim Kauf oder bei der Bestellung von Maschinen sich schriftlich auszubedingen, daß die Schutzvorrichtungen mitgeliefert werden. Der Umstand, daß diese Mahnung so

oft wiederholt werden muß, deutet darauf hin, daß gegen diese Selbstverständlichkeit noch recht viel gesündigt wird.

Wegen der Beschäftigung weiblicher Arbeiter an schweren Arbeitsmaschinen erinnert der Bericht an eine am 23. Oktober vom Genossenschaftsvorstand unter Zustimmung der Genossenschaftsversammlung erlassene Warnung, ihre weiblichen versicherungspflichtigen Personen Arbeiten an schweren Arbeitsmaschinen ausführen zu lassen. In dem Bericht heißt es: „Es hat sich ergeben, daß infolge der Kriegsverhältnisse Genossenschaftsmitglieder dazu übergegangen sind, Frauen und Mädchen auch an schweren Arbeitsmaschinen (Dickenhobelmaschine, Abrichtehobelmaschine, große Kreissäge) zu beschäftigen. Die Folge davon war eine Reihe von Betriebsunfällen. Diese Unfälle beweisen, daß Frauen und Mädchen den Anforderungen, die Arbeiten an genannten Maschinen stellen, körperlich nicht gewachsen sind.“ Ob die erlassene Warnung überall gebührend beachtet wird, möchten wir bezweifeln.

Die Zahl der versicherten Betriebe ist im Berichtsjahr um 27, von 1478 auf 1451 zurückgegangen, von denen 670 der Sektion I (Leipzig), 541 der Sektion II (Berlin) und 240 der Sektion III (Stuttgart) angehören. Unter den gezeigten Betrieben befindet sich eine Anzahl geschlossener, denn nur die dauernd eingestellten und aufgelösten Betriebe sind im Betriebsverzeichnis gelistet. Die Zahl der Arbeiter ist erheblich gestiegen, und zwar die Zahl der versicherten Personen von 31 855 auf 40 035, die der Vollarbeiter (zu je 300 Arbeitstagen gerechnet) von 11 758 auf 17 554. Auffällig ist in der Musikinstrumentenindustrie der große Unterschied in der Zahl der versicherten Personen und der Vollarbeiter. Das deutet darauf hin, daß viele Feiertage eingelegt werden, die aber auch, nach den angegebenen Zahlen zu urteilen, in Zeiten lebhaften Geschäftsganges vorkommen. Verhältnismäßig günstig war in dieser Hinsicht das Jahr 1913, wo aber immer noch auf 100 versicherte Personen nur 63,5 Vollarbeiter kamen. Im Jahre 1914 ging die Zahl der Vollarbeiter auf 47,4 Prozent, im Jahre 1915 gar auf 36,9 Prozent der versicherten Personen zurück, um im Jahre 1916 wieder auf 43,8 Prozent zu steigen. Trotz der Zunahme der Beschäftigten ist übrigens der Stand vor dem Kriege bei weitem nicht erreicht. Im Jahre 1913 wurden 38 856 Vollarbeiter gezählt, im Jahre 1914 waren es noch 26 189, und das Jahr 1915 brachte einen Abstieg auf 11 758. Verglichen mit dieser Zahl bedeuten die 17 554 Vollarbeiter des Jahres 1916 allerdings eine starke Vermehrung.

Die Summe der wirklich gezahlten Löhne stieg von 14 967 352 M. auf 25 705 346 M. Das ergibt auf den Kopf des Vollarbeiters einen durchschnittlichen Jahresarbeitsverdienst von 1464 M. Im Jahre 1915 betrug der durchschnittliche Jahresarbeitsverdienst eines Vollarbeiters 1273 M., er ist also im letzten Jahre um 191 M. oder um 15 Prozent gestiegen. Verglichen mit dem Jahre 1913, wo ein durchschnittlicher Jahresarbeitsverdienst von 1359 M. erzielt wurde, beträgt die Steigerung allerdings nur 106 Mark oder 7,8 Prozent. Bei solchen Vergleichen muß die veränderte Zusammensetzung der Arbeiterschaft berücksichtigt werden, aber auch wenn man diese in Betracht zieht, wird man nicht sagen können, daß die Löhne der Musikinstrumentenarbeiter der verneuten Lebenshaltung entsprechend gestiegen wären. In den verschiedenen Sektionen der Berufsgenossenschaft sind übrigens die Löhne sehr unterschiedlich. Der durchschnittliche Jahresarbeitsverdienst eines Vollarbeiters betrug in der Sektion I (Leipzig) 1303,85 M. (im Jahre 1915 1138,22 M.), in der Sektion II (Berlin) 1835,62 M. (1601,65 M.), in der Sektion III (Stuttgart) 1123,28 M. (989,17 M.).

Die Zahl der angemeldeten Unfälle ist, worauf schon einleitend hingewiesen wurde, erheblich gestiegen; vor 554 im Jahre 1915 auf 845 im Jahre 1916. Das ist von 47,12 auf 1000 Vollarbeiter auf 48,14. Die Folgen der vermehrten Beschäftigung ungeübter Arbeiter während des Krieges lassen sich an der Hand der relativen Unfallziffern deutlich verfolgen. Im Jahre 1913 kamen auf 1000 Vollarbeiter 33,38 Unfälle. Im Jahre 1914, in dem sich die Kriegswirtschaft erst teilweise bemerklich machte, stieg diese Zahl auf 39,55; im Jahre 1915 erfolgt der Sprung auf 47,12, und im Jahre 1916 kamen, wie erwähnt, 48,14 Unfälle auf 1000 Vollarbeiter. Betrachtet man nur die entschädigten Unfälle, dann könnte es scheinen, als ginge die Zahl der schweren Verletzungen während der Kriegsdauer wieder zurück. Auf 1000 Vollarbeiter kamen im Jahre 1913 5,33 erstmalig entschädigte Unfälle; das Jahr 1914 brachte eine Steigerung auf 7,22, im Jahre 1915 erfolgte ein Rückgang auf 6,89, und im Jahre 1916 waren es nur 6,44. Es ist möglich, daß die Verletzungen zum Teil weniger schwer waren, so daß die Heilung in einer größeren Zahl von Fällen binnen 13 Wochen erfolgt war, so daß für die Berufsgenossenschaft keine Entschädigungspflicht erwachsen ist. Da jedoch für die Anerkennung einer Entschädigungspflicht und deren Höhe das Urteil des Vertrauensarztes der Berufsgenossenschaft von großer Bedeutung ist, wird man aus der geringen verhältnismäßigen Verminderung der Zahl der entschädigten Unfälle keine weitgehenden Schlüsse ziehen dürfen.

Insgesamt wurden 113 (im Jahre 1915 81) Personen erstmalig entschädigt. Darunter waren 92 (61) erwachsene Männer, 14 (9) erwachsene Frauen, 7 (9) männliche und 0 (2) weibliche Jugendliche unter 16 Jahren. Als Unfallfolgen wurde festgestellt in einem Fall (1915 in zwei Fällen) der Tod des Verletzten; in 48 (25) Fällen dauernde teilweise und in 84 (54) Fällen vorübergehende Erwerbsunfähigkeit. Nach den Feststellungen der Berufsgenossenschaft betrug die Einbuße an Erwerbsfähigkeit bei 37 der als vorübergehend erwerbsunfähig Eingeschätzten bis 25 Prozent, 27 von den Verletzten dieser Kategorie sollen überhaupt keine Erwerbsfähigkeit eingebüßt haben. Von den als dauernd teilweise erwerbsunfähig Eingeschätzten haben 38 bis 25 Prozent ihrer Erwerbsfähigkeit verloren, 6 Verletzte 25 bis 50 Prozent, 2 Verletzte 50 bis 75 Prozent und 2 Verletzte 75 bis 100 Prozent. Der weitaus größte Teil der 113 entschädigten Unfälle, nämlich 72, ereignete sich an Motoren, Transmissionsen und Arbeitsmaschinen, waren also Maschinenunfälle. 15 Unfälle kommen auf Zusammenbruch, Einsturz, Herab- und Umfallen von Gegenständen.

An Unfallentschädigungen hat die Berufsgenossenschaft im Jahre 1916 insgesamt 213 577 Mk. ausgegeben, gegen 214 712 Mk. im Jahre 1915. Von der aufgewendeten Summe entfallen 186 212 Mk. auf Renten an Verletzte. Diese Summe verteilt sich auf 1182 Personen, somit kamen auf den Kopf im Durchschnitt 157,54 Mk. Aus dem Jahre 1916 waren es 108 Verletzte, die zusammen 12 404 Mk. Entschädigung erhielten, im Durchschnitt also 114,85 Mk. — Trotz der gewaltigen Summen, mit welchen die Berufsgenossenschaften rechnen, ist der durchschnittliche Betrag, der auf den einzelnen Verletzten kommt, sehr bescheiden. Verlangt es doch das Gesetz, daß die eingebüßte Erwerbsfähigkeit höchstens zu zwei Dritteln entschädigt wird, und die Berufsgenossenschaften sind sorgsam darauf bedacht, den Grad der erlittenen Einbuße an Erwerbsfähigkeit möglichst niedrig einzuschätzen. Das ist mit ein Grund, der uns veranlassen muß, die möglichste Beseitigung der Unfallgefahren anzustreben. Besser als die beste Fürsorge der Berufsgenossenschaften ist es, wenn der Arbeiter ihrer überhaupt nicht bedarf.

Zur Beitrags- und Unterstützungsfrage.

Raum hat nach langem Zögern die Vorlage des Hauptvorstandes das Licht der Welt erblickt, so sehr auch schon die ablehnende Kritik ein. Nur zu begreiflich. Wenn auch wohl alle Kollegen ein ziemlich starkes Zugreifen des Hauptvorstandes erwartet hatten, so kann man diesen Vorschlag doch wohl das Unglücklichste nennen, was herauskommen konnte. Zu den Leistungen und Gegenleistungen will ich mich nicht weiter äußern, aber dagegen, daß der Hauptvorstand bei dieser Gelegenheit auch seinen langgehegten Wunsch auf Beseitigung der Lokalkassen durchdrücken will, muß ich mich ganz entschieden zur Wehr setzen. Ist das der Wille an die Kollegen im Felde, wenn man ihre Abwesenheit benutzt, um ihnen für später die letzte Bewegungsfreiheit zu nehmen? Man lasse uns unsere Rechte und behalte die Dankesworte für sich, damit ist uns besser gedient. Daß dem Hauptvorstand die zum Teil starken Lokalkassen ein Dorn im Auge sind, ist ja zur Genüge bekannt. Ebenso konnte er den in einzelnen Zahlstellen ziemlich hohen Unterstützungen keinen Geschmack abgewinnen. Aber nicht etwa im Interesse der Mitglieder soll dieser Zustand geändert werden, sondern einfach aus dem Grunde, weil diese Gelder nicht so ganz unter der bürokratischen Herrschaft des Hauptvorstandes standen. Daß das auf einem ordentlichen Verbandstag sich nicht so leicht machen läßt, weiß der Hauptvorstand ganz gut, darum will man es nun mal auf einem etwas schiefen Weg versuchen. Da heißt es nun für die Kollegen: die Augen auf! Lieber die ganze Beitragserhöhung ablehnen, als sich durch dieses hinterhältige Spiel einfangen zu lassen. Alle Kollegen, besonders diejenigen, welche in den Ortsverwaltungen tätig waren, wissen die segensreiche Wirkung einer starken Lokalkasse zu schätzen. Es war immer unser Stolz, wenn wir am Schluß eines Quartals wieder eine Erhöhung unseres Vermögens vor den Mitgliedern feststellen konnten.

Aber auch von der sachlichen Seite betrachtet, ist der Vorschlag des Hauptvorstandes für die meisten Zahlstellen unannehmbar. Mit den gnädigst gewährten 15 Prozent werden die meisten Zahlstellen nicht auskommen. Auch bei den Verwaltungsstellen und bei der Agitation muß mit gezeigten Verhältnissen gerechnet werden. Wenn es auch heißt, daß den einzelnen Zahlstellen, wenn sie nicht auskommen könnten, ein höherer Betrag gewährt werden kann, so wissen doch wohl alle Kollegen, wie zugeknöpft man da oben ist, wenn es sich um Gelder handelt, die nicht klipp und klar im Etat festgelegt sind. Darum, Kollegen, die ihr nur euer Urteil über diese für die Zukunft unseres Verbandes so wichtige Angelegenheit abgeben sollt, laßt euch nicht leiten. Sucht einen besseren Weg, um die Finanzkraft des Verbandes zu stärken, und rettet gegen den Angriff auf die Lokalkassen ein entschiedenes Nein!

F. Bendi (Köln), zurzeit im Felde.

Große, gewaltige Aufgaben und Kämpfe stehen den Gewerkschaften beim hoffentlich baldigen Uebergang von der Krieges- in die Friedenswirtschaft bevor. Eine enorme Ueberwälzung des Arbeitsmarktes wird die Kriegslöhne immer zusammenhalten lassen, während die Waren- und die Lebensmittelpreise wohl dieselben bleiben werden. Dieser Zustand wird die ganze Kampfkraft unserer Organisation erfordern. Unsere Sorge muß es also vor allen Dingen sein, die Reihen zu füllen. Es muß zugegeben werden, daß, wie der Vorstand schreibt, bei der jetzigen Regelung der Beitragsfrage „ein großer Teil des Einkommens, den eine starke Finanzkraft sowohl nach innen wie nach außen ausüben kann, verlorengibt“. Um diesen Einfluß zur richtigen Wirkung zu bringen, ist es eben dringend notwendig, daß die leider zur Laune gewordenen Zersplitterung im Kampf- und Unterstützungsarbeiten ein Ende gemacht und ein gemeinsames gemeinsames Finanzwesen eingerichtet wird. Dieser Gedanke ist hierbei nach meiner Meinung auf die Beseitigung der Unterstützungsfrage als auf die Stärkung des Verbandes zu legen. Gewiß sind durch die Vorschläge des

Vorstandes zur Neuregelung der Wochenbeiträge und der Unterstützungen nicht jedermann resp. nicht jeder Zahlstelle Wünsche erfüllt worden. Mir ist es immerhin schon Genugtuung, daß die schon längst von mir verfochtene Staffelform der Beiträge und der Unterstützungen nun nach den Vorschlägen des Vorstandes doch möglich gemacht werden soll, trotzdem der Vorstand in seiner im Jahre 1910 erschienenen Broschüre „Klassenbeiträge oder Einheitsbeitrag?“ nachwies, daß einer solchen Staffelform sich berghohe Hindernisse in den Weg stellen. Jetzt geht es nun auf einmal.

Nun zu den Vorschlägen des Vorstandes selbst einige Worte. „Zur Bestreitung der örtlichen Verwaltungskosten können Zahlstellen in der Regel bis zu 15 Prozent der vereinnahmten Wochenbeiträge verwenden.“ Zugegeben, daß es einzelne Zahlstellen gibt, die hiervon noch Ueberschüsse machen und diese dann, wenn sie die entsprechende Vermögenhöhe erreicht haben, der Hauptkasse zuführen; aber der überwiegend größte Teil der Zahlstellen reicht mit den 15 Prozent zur Deckung ihrer Verwaltungskosten usw. entschieden nicht aus, oder es muß so manche Ausgabe zurückgestellt werden, die zu Kampfszwecken und im Interesse einer zielbewußten Agitation zur Werbung neuer Mitglieder oft recht nötig ist. Hier müßte der Vorstand oder vielmehr die Statutenberatungskommission eine andere Norm finden, die den einzelnen Zahlstellen mehr Elbogenfreiheit gewährt. Wir kommen sonst wieder in das alte Fahrwasser, daß neben den statutenmäßigen Beiträgen noch Lokalkassenbeiträge von verschiedenen, namentlich größeren Zahlstellen erhoben werden müssen. Gerade diese Zahlstellen sind es, die jetzt schon höhere Unterstützungsätze zahlen, als sie in der neuen Vorlage vorgesehen sind. Ich bezweifle stark, daß diese Zahlstellen jetzt ohne weiteres eine Reduzierung ihrer Unterstützungsätze werden vornehmen können; sie wären demnach gezwungen, zur Erhebung eines Lokalkassenbeitrages obendrein noch Stellung zu nehmen. Zweckmäßig wäre es also, wenn der Absatz 1 des Antrages 5 gestrichen würde.

Betreffs der Krankenunterstützung stehe ich vollkommen auf dem Standpunkt des Kollegen Fr. Meusch (Berlin). Nur die Kampfunterstützungen, wie Arbeitslosen-, Streik- und Gemahregeltenunterstützung, kommen für mich, als vor allen Dingen in das Statut einer Gewerkschaft gehörig, in Betracht. Einzig und allein müßte es im neuen Statut, genau nach dem Antrage des Kollegen Meusch, unter der Rubrik „Krankenunterstützung“ heißen: „Mitglieder, welche durch Krankheit erwerbslos werden und in Not geraten sind, können auf Antrag nach Befinden des Verbandsvorstandes und der Ortsverwaltungen eine Unterstützung erhalten.“

Auf dem Standpunkt des Kollegen F. Bahnert (Hannover) stehe ich nicht, der dem Hauptvorstand und der vorgehenden Reichskonferenz das Recht bestreitet, diese Fragen ohne Verbandstag zu erledigen. Es muß aus den Gründen, die ich oben anführte, ganze und schnelle Arbeit geleistet werden, und dazu ist eben der Weg, den der Hauptvorstand vorschlägt, der geeignetste. Vor entgegengelegten Meinungen der selbgrauen Kollegen habe ich recht wenig Angst, denn ich kenne die Stimmung vieler von ihnen recht genau, da ich selbst eine ziemliche Zeitspanne zu ihnen gehörte. Den Kollegen im Felde liegt vor allen Dingen daran, den Verband stark gerüstet und schlagfertig wiederzufinden, wenn es gilt, nach dem Friedensschluß die Schlachten um annehmbare Lohn- und Arbeitsbedingungen zu schlagen.

Paul Riese (Ludewalde).

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsnummer ist der 44. Wochenbeitrag für das Jahr 1917 fällig geworden.

Nachstehend verzeichnete Mitgliedsbücher sind als verloren gemeldet und werden hiermit für ungültig erklärt:

- 51465 Konrad Feurich, Schl., geb. 8. 5. 64 zu Neuhof.
- 152719 Paul Friedrich, Modellr., 28. 10. 84 zu Halle a. d. S.
- 362059 Selma Krödel, Anspinn., geb. 4. 6. 83 zu Bismarcksh.
- 763613 Jaf. Daß, Hilfsarb., geb. 29. 11. 72 zu Oberurbach.

Berlin SO. 16, Am Köllnischen Park 2.

Der Verbandsvorstand.

Zentralkommission der Korbmacher.

Da seitens verschiedener Arbeitgeberkreise, insbesondere der thüringischen Großindustriellen, in letzter Zeit und aus bestimmten Gründen gegen unseren neuen Reichstarif für Geschloßkörbe in einer Weise angelämpft wird, die unsere Kollegen schwer schädigen kann, ist die allergrößte Vorsicht und die ganze Aufmerksamkeit unserer organisierten Kollegen geboten. Um diesen Mächtigsten mit einwandfreien Unterlagen rechtzeitig entgegenzutreten zu können, ersuchen wir unsere Sektionsleiter und Vertrauensmänner um sofortige Einsendung genauer, wahrheitsgemäßer Zusammenstellungen der Wochenverdienste für Männer und Frauen für die verschiedenen Arbeiten und Betriebe. Wir bitten, dabei die letzten vier Lohnwochen zu erfassen, wobei der Höchstlohn, der Durchschnitts- und der geringste Verdienst anzugeben sind.

Kollegen, der Reichstarif für Geschloßkörbe ist in Gefahr, und bitten wir dringend, unsere Aufforderung zu beachten.

J. A. Paul Brückner, Berlin SO. 36, Wiener Straße 38.

Berichte von den Goutagen.

Goutag Stettin.

Die am 21. Oktober in Stettin tagende Goutakonferenz war von 20 Delegierten aus 15 Zahlstellen besucht. Das Referat über die Neuregelung der Wochenbeiträge und der Unterstützungsleistungen des Verbandes erstattete der Kollege König vom Hauptvorstand. In der sehr lebhaften Debatte wurde die Vorstandsvorlage zum Teil recht scharf kritisiert. Die Vertreter der Zahlstellen Rostock und Schwerin

wandten sich besonders gegen die Aufhebung der Lokalkassenbeiträge und der Lokalen Unterstützungen. Ein Antrag der Zahlstelle Schwerin, den Punkt 5 der Vorstandsvorlage zu streichen, fand die Zustimmung des Goutages. Mit der Annahme dieses Antrages war die Voraussetzung, auf der die Vorstandsvorlage beruht, eine Abstimmung über die in der Vorlage vorgesehene Beitragsstaffelform und über die Unterstützungsätze war damit gegenstandslos geworden.

Neue Anträge im Sinne des Beschlusses des Goutages lagen nicht vor. Dieses negative Ergebnis der Beratungen löste ein Gefühl des allgemeinen Unbehagens unter den Konferenzteilnehmern aus. Die Konferenz hat aber andererseits einmütig zum Ausdruck gebracht, daß eine allgemeine Beitragserhöhung zur Stärkung unseres Kampfes erfolgen und eine gleichzeitige Erhöhung der jetzigen Unterstützungsätze durchgeführt werden muß. Mit der weiteren Erledigung dieser Fragen durch eine Reichskonferenz hat sich der Goutag einverstanden erklärt. In die Statutenberatungskommission wurde Kollege Breitprecher (Rostock) gewählt.

G. K.

Goutag Berlin.

Der Berliner Goutag hat nach dem Referat des Kollegen Leipart und darauffolgender gründlicher Aussprache der Delegierten die vom Vorstand und Ausschuß vorgeschlagene Neuregelung der Wochenbeiträge in dem Wortlaut der Ziff. 1 bis 4 unverändert mit 37 gegen 31 Stimmen angenommen. In Ziff. 5 wurde der erste Absatz, wonach die seither von den Zahlstellen erhobenen Lokalkassenbeiträge in Wegfall kommen sollen, mit Stimmenmehrheit abgelehnt. Der zweite Absatz wurde dahin abgeändert, daß den Zahlstellen 20 Prozent der vereinnahmten Beiträge zustehen sollen. Die beiden Schlusssätze dieses Absatzes wurden abgelehnt. Den Unterstützungsätzen in der Vorlage stimmte der Goutag zu in der Erwartung, daß die Statutenberatungskommission in eine eingehende Prüfung der rechnerischen Unterlagen eintreten und etwa mögliche Verbesserungen noch vornehmen werde. Der Antrag, einen Verbandstag einzuberufen, wurde abgelehnt und in der Schlußabstimmung die Vorlage mit den vorgenannten Änderungen mit 39 gegen 19 Stimmen angenommen. Als Mitglied der Statutenberatungskommission wurde Kollege Glöckle (Berlin) gewählt.

F. S.

Goutag in Dresden.

Der Goutag für den Gau Dresden fand am 21. Oktober statt. Aus 43 Zahlstellen waren 61 Vertreter anwesend, weiter der Gauvorstand und vom Hauptvorstand Kollege Schneegäß. Dieser vertrat in 1½stündigen Ausführungen die Vorlage des Hauptvorstandes, im besonderen darauf hinweisend, daß die allgemeinen Verhältnisse eine Beitragserhöhung notwendig machen. Der Zusammenschluß aller Kräfte sei notwendig im Hinblick auf die großen Aufgaben, die dem Verband bevorstehen. Die Zukunft beruhe mehr auf Konfliktstoff in sich als die frühere Zeit; es ist auch damit zu rechnen, daß die kommenden Kämpfe sich auf breiterer Grundlage als bisher abspielen werden. Der Vorstand müsse noch mehr als seither in der Lage sein, nicht nur die Geldmittel genau zu kennen, sondern sie auch zu planmäßiger Verfügung bereit zu haben. Ihre Zusammenfassung werde auch nach außen nicht ohne Bedeutung und Einfluß auf den Gegner sein. Durch die Vorschläge des Vorstandes werden aber auch den Zahlstellen noch die nötigen Mittel zu erfolgreicher Betätigung verbleiben. Der schwererkrankte Gauvorsteher, Kollege Gerlitzke, hatte sich schriftlich recht ausführlich zu der Vorlage geäußert, ihm entbot die Versammlung beste Wünsche und Grüße durch den Gauvorsteher, Kollegen Schulz. In vierstündiger Aussprache erstanden der Vorlage und ihren Befürwortern viele Widersacher, denen allen aber daran lag, den Verband vorwärtszubringen, wenn auch auf anderen Wegen, und die nicht einverstanden waren mit der eigentlichen Aufhebung der Lokalkassen und der örtlichen Sondertätigkeit. Nur wenige Redner aus kleinen Zahlstellen vertraten zum Teil einen anderen Standpunkt. Schließlich gelangte ein Antrag Dresdens zur Annahme, welcher die Vorlage mit ihren tief einschneidenden Umwälzungen ohne Verbandstag ablehnte. Zur Stärkung der Verbandsmittel und zur Abwehr sollen 20 Pf. für männliche und 10 Pf. für weibliche Mitglieder erhoben und nur eine den neuen Verhältnissen rechnungstragende Erhöhung an Streik-, Gemahregelten- und Arbeitslosenunterstützung eingeführt werden. Zwei weitere Anträge wurden der Statutenberatungskommission als Material überwiesen. In diese selbst wurde Kollege Lauter (Dresden) gewählt.

P. St.

Goutag in Düsseldorf.

Am dem am 21. August abgehaltenen Goutag nahmen 41 Delegierte aus 30 Zahlstellen teil. Die Vorlage des Vorstandes wurde vom Kollegen Neumann begründet. In der Diskussion wurde an der Vorlage scharfe Kritik geübt. Gegen sie wurde eingewendet, daß sie den Mitgliedern keine Vorteile bringe, aber die Verwaltungen noch mehr als seither vom Vorstand abhängig mache. Der Vorschlag, die ganze Vorlage abzulehnen, fand jedoch bei den Delegierten keinen Anklang. Annahme fand ein Antrag, die Vorlage mit den hierzu gestellten Anträgen der Statutenberatungskommission als Grundlage der weiteren Beratung zu überweisen. Damit waren alle sonstigen Anträge erledigt. Als Vertreter des Gaus in der Statutenberatungskommission wurde Kollege Schmidt (Köln) gewählt.

Der Goutag in Nürnberg.

Der am 21. Oktober abgehalten wurde, war von 31 Zahlstellen durch 45 Delegierte, darunter drei weiblichen, besetzt. In der Aussprache, die sich an den Vortrag des Kollegen Kayser knüpfte, der als Vertreter des Vorstandes an den Verhandlungen teilnahm, trat der einmütige Wille der Mitglieder zutage, durch erhöhte Beitragsleistung die Verbandskasse zu stärken und dadurch die Kampfkraft der Organisation zu erhöhen. Gegen den Vorschlag des Vorstandes, die Lokalkassenbeiträge und die Lokalen Unterstützungen aufzuheben, wurden von den meisten Rednern Bedenken geäußert. Allgemein wurde Wert darauf gelegt, auch weiterhin Lokalkassen zu führen, aus denen



Ehrentafel

Der im Kriege gefallenen Verbandsmitglieder

- Otto Albrecht, Tischler, Berlin.
Otto Apel, Tischler, Halle.
Karl Apeler, Brauk.
Fritz Aust, Tischler, Hamburg.
Wilhelm Bär, Pirna.
Ernst Bartelt, Schiffszimm., Bremen.
Otto Bennstein, Tischler, Berlin.
Heinrich Bille, Tischler, Bremen.
G. Boas, Lehrte.
Robert Berens, Tischler, Lübeck.
Ernst Dow, Bergmann, Tischl., Dresden.
Richard Brandt, Tischler, Berlin.
Emil Brauer, Tischler, Berlin.
Martin Bredschneider, Sebnitz.
Paul Brüdner, Polierer, Berlin.
Franz Brüggenmann, Modellt., Offenbach.
Hans Daum, Mainz.
Josef Dengel, Tischler, Berlin.
Josef Dierling, Schreiner, Crefeld.
Runo Dörntge, Tischler, Halle.
Albert Dreßler, M.-A., Dresden.
Friedrich Eilbracht, Osnabrück.
Alois Englert, Wörth a. M.
Karl Ebel, Vietigheim.
Wilhelm Fette, Schiffszimm., Bremen.
Heinrich Finte, Tischler, Bremen.
Hermann Fischer, Schr., Heilbronn.
Bernhard Fischer, Kammarb., Dresden.
Richard Franke, Tischler, Berlin.
Paul Fritsch, Tischler, Breslau.
Wilhelm Fröhlich, Wiesbaden.
Aleg Frohmann, Tischler, Berlin.
Alois George, Tischler, Berlin.
Paul Göh, Schneidemühl.
Willy Göbcke, Tischl., Eisenberg.
Reinhard Gottschalk, Glashütte.
Paul Gröschke, Tischler, Berlin.
Mag. Großmann, M.-A., Leipzig.
Karl Gülbner, Tischler, Tauscha.
Hermann Gullnick, Tischler, Hamburg.
Paul Haase, Maschinenarb., Berlin.
Dswald Hänel, Leubsdorf.

- Richard Harm, Birkenm., Hamburg.
F. Haffe, Tischler, Harburg.
Johann Hahn, Schreiner, München.
Martin Heer, Schreiner, Bamberg.
Ernst Heiborn, Tischler, Binneberg.
Ernst Heintzsch, Tischler, Leipzig.
Hans Heintzsch, Tischler, Leipzig.
Paul Heintzsch, Vergolder, Berlin.
Albin Helms, Schönheide.
Alwin Hellmann, Tischl., Gr.-Schönau.
Gustav Henning, Ristenn., Leipzig.
Franz Heß, Wörth a. M.
Peter Heß, Wörth a. M.
Johann Herbst, M.-A., Bamberg.
Gustav Hinz, Hilfsarb., Hamburg.
Hans Hoffmann, Emden.
Max Hoffmann, Grafenhain-Rauen-
dorf.
Rudolf Hürtler, Polierer, Berlin.
Abdam Janitz, Tischler, Hamburg.
Hermann Janßen, Wilhelmshaven.
Max Jenke, Tischler, Dresden.
Karl Jerckly, Tischler, Berlin.
Wilhelm Jörn, Stellmacher, Rostock.
Wilhelm Jürgens, Osnabrück.
Friedrich Kadelle, Tischler, Berlin.
Wilhelm Käselau, Tischler, Lübeck.
Anton Kaffan, Stellmacher, Berlin.
Louis Kapher, Modellt., Bremen.
Paul Karsten, Tischler, Lübeck.
Karl Kemel, Schr., Kaiserslautern.
Friedrich Kirsten, Tischler, Leipzig.
Leopold Kirchner, Crimmitschau.
Karl Klent, Schreiner, Stuttgart.
Alban Klöber, Schönheide.
Bruno Klugmann, M.-A., Berlin.
Wilhelm Knaut, Tischler, Berlin.
Joh. Knäuper, Polierer, Altenburg.
Wilhelm Köner, Schreiner, langjähr. Vo-
llmächtiger der Zahlst. Heilbronn.
Ernst Köttich, Altenburg.
Paul Kowahly, Lnd.
Arthur Krause, Tischler, Berlin.
Willy Krautter, früher Bevollmächtigter d.
Zahlstelle Steinheim a. M.
Oskar Krieg, Tischler, Leipzig.
Paul Krüger, Ristenmacher, Berlin.
Christian Küfner, Hof.
Joh. Künzner, M.-A., München.
Karl Kuntorf, Tischler, Hamburg.
Heinrich Lange, Schreiner, Köln.

- Hermann Lange, Drechsler, Hamburg.
Arthur Lapan, Tischl., Pinneberg.
Karl Lenz, Kellheim.
Arthur Lohenstein, Tischl., Eisenberg.
Paul Lutz, M.-A., Heilbronn.
Paul Mademehl, Stolp.
Otto Mack, M.-A., Ostheim.
Michel Magertaler, Schr., Freising.
Robert Maul, Tischler, Rostock.
Karl Maul, Schneidemühl.
Heinrich Meier, Tischler, Paderborn.
Paul Messerle, Hutformen, Stuttgart.
Fritz Merker, Tischler, Berlin.
Bernhard Meyer, Tischler, Hamburg.
Friedrich Meyer, Tischler, Bremen.
Karl Meyer, Tischler, Harburg.
Wilhelm Mittag, Dahme.
Ernst Müller, Tischler, Bremen.
Albert Müller, Schr., Stuttgart.
Anton Mehoff, Tischler, Hamburg.
Gustav Nordmann, Tischler, Hamburg.
Paul Dehne, Leubsdorf.
Bruno Otto, Stellmacher, Bremen.
Carl Pagentopp, Modellt., Hamburg.
Hans Paarmann, Tischler, Berlin.
Karl Pfefferbach, Stellm., Harburg.
Johann Pundsack, Bremen.
Wilhelm Rauland, Tischler, Haan.
Eduard Reinhold, Hilfsarb., Hamburg.
Otto Reimer, Tischler, Hamburg.
Georg Renner, Tischler, Dresden.
Mag. Richter, Tischler, Dresden.
Mag. Riedel, Polierer, Berlin.
Mag. Röhr, Instrumentenm., Eisenberg.
Walter Röhrich, Tischler, Breslau.
Anton Rohrauer, Frankfurt a. M.
Karl Rosenberger, Schreiner, Worms.
Paul Rudolph, Tischler, Dresden.
Wilhelm Saunwalb, Schr., Stuttgart.
Ernst Schäfer, Schreiner, Stuttgart.
Johann Scherer, Säger, Schney.
Robert Schleps, Korbm., Eisleben.
Johann Schlichtkrull, Tischl., Bremen.
Arthur Schmidt, Leubsdorf.
Fritz Schmidchen, Tischl., Gr.-Schönau.
Josef Schmidt, Drechsler, Wendelstein.
Anton Schmitt, Wörth a. M.
Heinrich Schneider, Schreiner, Worms.
Richard Schneider, Modellt., Leipzig.
Martin Schönherr, Niedersiedlich.

- Wilhelm Scholl, Schreiner, Mainz.
Julius Schöder, Tischler, Berlin.
Arthur Schübe, Tischl., Lützenwalde.
Otto Schulz, Tischler, Berlin.
Georg Schulz, Tischler, Bremen.
Alfred Schulze, Tischler, Halle.
Wilhelm Schwarz, Tischl., Pinneberg.
Friedr. Max Seifert, Niedersiedlich.
Max Seifert, Niedersiedlich.
Albert Sewer, Tischler, Hamburg.
Franz Sewing, Ristenmacher, Bünde.
Richard Siegent, Tischler, Dresden.
G. Siewers, Lehrte.
Carl Skitto, Schreiner, Mainz.
Herm. Spiegelberg, Schreiner, Köln.
Adolf Strauß, Osnabrück.
Ernst Strebe, Tischler, Bremen.
Johann Strogynski, Tischl., Dresden.
Richard Stühr, Tischl., Lützenwalde.
Paul Ströh, Pol., Altenburg.
August Subr, Tischler, Strelitz.
Amandus Spwarth, Tischl., Hamburg.
Friedrich Tege, Osnabrück.
Wilhelm Teubitz, Tischl., Frankfurt a. D.
Anton Terber, Ristenn., Bremen.
Otto Thalheim, Tischler, Leipzig.
Martin Ulbricht, Drechsler, Leipzig.
Walter Varnholt, Tischl., Deynhausen.
Hans Veltz, Modelltschr., München.
Friedrich Voh, Stolp.
Albert Wahls, Tischler, Kiel.
Gustav Walter, Polierer, Berlin.
Friedrich Weber, Frankfurt a. M.
G. Wechs, Tischler, Harburg.
Hinrich v. Weiße, Modelltschl., Bremen.
Gustav Werbed, Tischl., Hamburg.
Abbo Williang, Emden.
Rudolf Wilde, Polierer, Berlin.
Kurt Walther, Drechsler, Glashütte.
Rupert Weber, M.-A., München.
Karl Welz, Vietigheim.
Friedrich Wentz, Drechsler, Dresden.
G. Willenbring, Brauk.
Hans Wolf, Hof.
Ernst Zalk, Drechsler, Berlin.
Oskar Ziegert, Stellmacher, Bauhen.
Kurt Zimmermann, Schneidemühl.
Paul Zimmermann, Hilfsarb., Dresden.
Dswald Zimmermann, Schmölln.
Otto Zimmermann, Knopfm., Schmölln.
Ehrehrem Andenkent!

nötigenfalls Unterstüßungen gewährt werden können. In dem Wegfall der örtlichen Unterstüßungsfonds erblickten viele Redner eine wesentliche Beeinträchtigung der Bewegungsfreiheit der Lokalverwaltungen.
Anträge, die dahin gingen, die bestehenden Lokalkassen den Zahlstellen als Grundstock zu belassen und aus der Vorlage des Vorstandes die Bestimmung zu streichen, nach welcher die eine Jahresausgabe für Verwaltungskosten übersteigenden Ueberschüsse an die Hauptkasse abzuführen sind, wurden angenommen. Auch ein Antrag, den Anteil der Lokalkasse für Verwaltungskosten auf 25 Prozent des Beitrages zu bemessen, wurde angenommen. Desgleichen ein Antrag, der auch männlichen Mitgliedern die Zahlung von 60 Pf. Beitrag gestatten will. Anträge, welche eine Erhöhung der vorgeschlagenen Unterstüßungssätze bezweckten, wurden dem Vorstand zur Erwägung überwiesen. Angenommen wurde ein Antrag, der den in eine höhere Klasse übergetretenen Mitgliedern schon nach Leistung von 26 Wochenbeiträgen die Unterstüßung nach den Sätzen der höheren Klasse bewilligen will. Dagegen wurde der Antrag, an Stelle der geplanten Reichskonferenz einen Verbandstag abzuhalten, abgelehnt. Schließlich wurde die Vorlage des Vorstandes mit den vorgenommenen Änderungen angenommen. In die Statutenberatungskommission wurde Kollege Schmidt (Nürnberg) gewählt. M. K.

Korrespondenzen.
Leipzig. In zwei Mitgliederversammlungen am 25. September und 16. Oktober stand der Bericht vom Gewerkschaftskartell und ein in der ersten Versammlung eingegangener Antrag auf Austritt aus dem Kartell zur Diskussion. Der Antrag wurde von dem Antragsteller und den übrigen Beschwörern damit begründet, daß einmal das Gewerkschaftskartell in der Ernährungsfrage versagt habe, und daß es die Politik der Generalkommission unterließe. In der Ernährungsfrage sei nicht entschieden genug aufgetreten worden, das Kartell hätte die Arbeiter zu energischem Handeln aufrufen müssen. Das Verhalten der Generalkommission beim Zustandekommen des Hilfsdienstgesetzes und die verschiedenen Erklärungen im Namen der Arbeiterschaft seien entschieden zu verwerfen, und auch hier habe das Kartell nichts dagegen unternommen. Als besonders erschwerend wurde aber die politische Haltung der beiden Arbeiterssekretäre angesehen. Diese hätten durch ihre Tätigkeit bei der Gründung des Parteivereins für die Sozialdemokratische Partei Deutschlands „Zersplitterung“ in der Leipziger Partei betrieben und ständen damit mit ihrer politischen Haltung im Widerspruch zur großen Mehrheit der Leipziger Arbeiter, die der Unabhängigen Partei angehören. Die jetzige politische Haltung der Arbeiter bedinge auch, daß in den Gewerkschaften die Führung dieser Richtung entnommen werden müßte. Die Politik der Gewerkschaften müsse geändert werden, denn alle bisherigen Erfolge sind durch den Wucher und die Leuzungsverhältnisse längst überflügelt.
Von den Rednern, die gegen den Antrag sprachen, wurde in erster Linie das Tätigkeitsgebiet der Gewerkschaftskartelle, wie es durch die Beschlüsse der Gewerkschaftskonferenzen festgelegt ist, näher beleuchtet. Danach hat das Kartell keinerlei Recht, in die Lohnbewegungen einzelner Gewerkschaften einzugreifen, nach allgemeinen Lastenbewegungen einzuleiten. In der Frage der Ernährungsverhältnisse

sei das getan worden, was von einem Kartell unternommen werden konnte. Wollte man Vorwürfe erheben, so sei die Frage zu stellen, was habe denn bisher die große Partei am Orte in dieser Hinsicht erreicht? Auch die Ausstandsbewegung habe doch dargetan, daß die Schwierigkeiten nicht geringer geworden sind und ein Erfolg nicht erreicht wurde. Als besonders bemerkenswert wurde festgestellt, daß die Leipziger Zahlstelle am 17. März d. J. in ihrer Generalversammlung den Bericht und die Neuwahl der Kartelldelegierten vornahm und in dieser Versammlung nicht ein Wort der Kritik gegen das Kartell erhoben wurde. Ja, daß in dieser Versammlung die Lokalverwaltung durch eine Resolution beauftragt wurde, gemeinsam mit der Unternehmerorganisation für eine bessere Lebensmittelzuteilung an die Holzarbeiter bei den Behörden vorstellig zu werden. Es sei damit bewiesen, daß die jetzige Stellungnahme gegen das Kartell nur eine Folge der Parteidifferenzen und der Ausstandsbewegung am 16. April ist. Entschieden wurde davor gewarnt, die politischen Streitfragen in die Gewerkschaftsverbände hineinzutragen und der jeweiligen Richtungs- politik zu folgen. Welches Interesse bei der großen Masse für diese Differenzen vorhanden sei, beweis am besten das Abstimmungsverhältnis der sieben Gewerkschaften, die den Austritt beschlossen haben. In diesen sieben Gewerkschaften sind noch 9600 Mitglieder vorhanden, während etwa 14 000 im Felde stehen. Insgesamt haben etwa 300 Mitglieder für den Austritt gestimmt. Es wird weiter auf die Bewegung am 16. April verwiesen, an der sich ein paar tausend Holz- arbeiter in erster Linie nur wegen der Ernährungschwie- rigkeiten beteiligt hatten. Dann wurden in der Versamm- lung die politischen Forderungen erhoben, und nach zwei Tagen wurde die Bewegung als eine reine Lohnbewegung für die Metallarbeiter beendet. Die Holzarbeiter sind jeden- falls damals gründlich enttäuscht worden. Der Vorwurf, daß bei dieser Bewegung die Führer versagt hätten, treffe deswegen nicht zu, weil die Führung nur in die Hände der Metallarbeiter und der Unabhängigen Partei gelegt wurde.
Hervorzuheben sind noch die Ausführungen einer Kol- legin. Sie sagte: „Kollegen und Kolleginnen, ihr wollt euer Haus ersteigen, was ihr in jahrelangen Mähen auf- gebaut habt, weil am Dach irgend etwas beschädigt ist! Es ist unmöglich, einer solchen Katastrophe zuzustimmen; wenn etwas gebessert werden müßte, so sollten dementsprechende An- träge gestellt werden!“ Sie verweist noch auf die Erzie- rungen, die sie und hunderte Kolleginnen in der ersten Zeit des Krieges machen konnten, wo sie in Metallbetrieben ar- beiten mußten und dort teilweise die rückständigsten Ar- beitsverhältnisse vorfanden. Kein Mensch habe sich dort um das Los der Arbeiterinnen ernstlich gekümmert. Ganz anders läge es jedoch in der Holzindustrie, wo mit Ein- setzen der Konjunktur die Verwaltung auch sofort geregelte Verhältnisse für die Frauen geschaffen habe. — Nach mehr- stündiger Diskussion wurde der Antrag schließlich mit 250 gegen 138 Stimmen abgelehnt.

Lohnbewegungen und Leuzungszulagen.
In Bremerhaven hat der Arbeitgeberverband für das Sangewerbe den Stundenlohn für die Tischlereibetriebe entsprechend der Vereinbarung vom 8. August mit Wirkung vom 1. September auf 95 Pf. erhöht. Unserem Antrage, auch den in den Holzbearbeitungsbetrieben von W. Rogge, Chr. Kühlen und Beckhaus u. Co. beschäftigten Arbeitern

und Arbeiterinnen die Löhne gemäß der Vereinbarung zu erhöhen, wurde nicht entsprochen. Wir waren deshalb ge- nötigt, unsere Forderungen bei den genannten drei Firmen direkt zu erheben, wurden aber auch dort abgewiesen. Die Betriebe von Rogge und Kühlen hatten schließlich ihren Arbeiterausschüssen gegenüber eine Erhöhung der Leuzungszulage um 10 Pf. für Arbeiter und 7 1/2 Pf. für Ar- beiterinnen ab 1. September d. J. angeboten. Dieses ist von der Arbeiterschaft als nicht weitgehend genug bezeichnet und der Schlichtungsausschuß angerufen worden. Dieser hat für alle drei Betriebe am 4. und 5. Oktober verhandelt. Als Vertreter der Arbeiter fungierte Kollege Willers. Die Schiedsprüche lauteten dahin, daß die drei Firmen an die Vereinbarung vom 8. August nicht gebunden sind, sie wer- den aber auf den sachlichen Inhalt dieser Vereinbarung (Ziffer 8) verwiesen. Das Einkommen der Arbeiter und Arbeiterinnen ist in Form einer Kriegsteuerzulage nach Maßgabe der geleisteten Arbeitsstunden zu erhöhen, und zwar zurückdatiert vom Tage des Erhöhungsangebots der Firmen (1. September) in Höhe von 10 Pf. pro Stunde für Arbeiter und 7 1/2 Pf. für Arbeiterinnen. Mit dem 1. Januar 1918 wird diese Kriegsteuerzulage erhöht für Arbeiter auf 13 Pf. und für Arbeiterinnen auf 9 Pf. pro Stunde. Die auf Bewilligung von Mindestlöhnen und Ver- kürzung der Arbeitszeit von 60 auf 56 Stunden gerichteten Forderungen werden abgelehnt. — Wenn auch die Wünsche der Arbeiter und Arbeiterinnen, die unter den unzuläng- lichsten Löhnen bisher arbeiten mußten und sich erst mit wenigen Ausnahmen kurz vor Eintritt in die Bewegung dem Verband anschlossen, nicht voll erfüllt sind, so haben sie doch mit Unterstützung des Verbandes einen beachtens- werten Fortschritt erzielt. Wenn alle an der Organisation festhalten, wird diese imstande sein, auf dem Erreichten weiterzubauen.
Düsseldorf. Bei der Firma Rud. Schmittgen in Düssel- dorf-Dorfstraße gab es Meinungsverschiedenheiten wegen der Durchführung der Vereinbarung vom 8. August. Die Firma erkannte die Vereinbarung wohl an, nicht aber das Verlangen der Schreiner, die auf Grund der Vereinbarung eine Zulage von 15 Pf. ab 1. August und von 5 Pf. ab 15. September verlangten. Die Firma war der Meinung, daß es genüge, wenn der Mindestlohn, der nach der Ver- einbarung 100 Pf. beträgt, gezahlt würde. Der Arbeiter- ausschluß rief nach vergeblichen Verhandlungen den Schlich- tungsausschuß an und erhielt von diesem dann die Mit- teilung, daß sich die Firma bereit erklärt habe, ab 15. Sep- tember den Stundenlohn der Schreiner auf 105 Pf. zu er- höhen. Damit waren jedoch diese nicht zufrieden, denn sie hatten auf Grund der Vereinbarung zu dem früheren Lohn von 90 Pf. eine Zulage von 20 Pf., insgesamt also 110 Pf. Stundenlohn zu beanspruchen. Es mußte also vor dem Schlichtungsausschuß verhandelt werden. Dieser verlegte seine Entscheidung, um zunächst Informationen vom Kriegs- amt einzubolen. Die Antwort an den Schlichtungsausschuß hatte folgenden Wortlaut:
Berlin d. 7. den 1. 10. 17.
Kriegsministerium
Kriegsamt.
Nr. 201 9. 17. A. Z. St.
Borg: Dort. Schreiben vom 28. 9. 17 VI M. 1625 betr.
Leuzungszulage im Holzgewerbe.
Die am 8. August 1917 vereinbarte
Leuzungszulage im Holzgewerbe ist ohne

Rückblick auf die seither gezahlten Löhne anzuerkennen.
 Im Sinne dieser Verfügung wurde nachher vom Schlichtungsausschuss entschieden. An sich ist ja diese Entscheidung selbstverständlich. Aber es ist ganz nützlich, daß durch den Bescheid des Kriegsamts außer jedem Zweifel gestellt wird, daß die Teuerungszulage ohne Rücksicht auf den seither gezahlten Lohn gezahlt werden muß.

Aus der Holzindustrie.

Der Verbandstag der Tischlermeister.

Am 8. Oktober hielten der Bund deutscher Tischlerinnungen und der Arbeitgeber-Schutzverband für das deutsche Holzgewerbe zu Kassel einen gemeinsamen Verbandstag ab, über dessen Verlauf die „Fachzeitung“ einen gedrängten Bericht veröffentlicht. Die Rückvergütung der bewilligten Teuerungszulagen ist noch nicht in befriedigender Weise gelöst. Der Vorsitzende des Schutzverbandes, Herr Koniegn (Breslau), berichtete über die Verhandlungen, die in dieser Angelegenheit mit dem Reichsschatzamt geführt wurden. Der Verbandstag beschloß eine Erklärung, in welcher die maßgebenden Reichsbehörden ersucht werden, zu veranlassen, daß den Arbeitgebern im Holzgewerbe die Teuerungszulagen vom 1. August an restlos zurückvergütet werden.

Am dem Hilfsdienstgesetz hatte Obermeister Knieß (Kassel) mancherlei auszusagen. Ihm mißfällt es, daß ein Arbeiter, dem der Wechselschein verweigert wurde, ohne einen solchen an einer anderen Stelle anfangen kann, wenn er 14 Tage auf seine Kosten spazierengegangen ist. Ebenso empfindet er es als einen Mangel, daß Hilfsdienstpflichtige, die vom Einberufungsausschuss angefordert werden, nicht sofort dahin zu gehen brauchen, wo sie benötigt werden, sondern 14 Tage Zeit haben, sich eine zuzugewandte Beschäftigung zu suchen. Wichtiger als diese Klagen scheinen uns die Beschwerden, die in der Aussprache vorgebracht wurden; sie betreffen unlautere Konkurrenz, die der Möbelindustrie bereitet wird. So sei ein großes Fabrikunternehmen in Breslau dazu übergegangen, Möbel anzufertigen. Der Betrieb ist als kriegswichtig anerkannt; er will, wenn es an ausreichender Beschäftigung mangelt, in der Zwischenzeit die Tischler mit der Fertigung von Möbeln beschäftigen. Ähnliches wurde aus Hannover berichtet, wo eine große Waggonfabrik 200 Schlafzimmer hergestellt habe. Wenn es auch dem Arbeiter im Grunde gleichgültig sein kann, wo er arbeitet, so ist die Erregung der Tischlermeister über solche Vorgänge doch begreiflich. Sie haben Schwierigkeiten nicht nur bei der Beschaffung von Arbeitskräften, sondern noch mehr beim Bezug von Rohmaterialien, die verschiedentlich rationiert sind. Die als kriegswichtig anerkannten Waggonfabriken erhalten Arbeiter und Rohmaterialien zur Herstellung von kriegswichtigen Arbeiten zugewiesen. Es wäre interessant, zu erfahren, ob die Heeresverwaltung damit einverstanden ist, daß die überweisen Arbeiter damit beschäftigt werden, das für den Heeresbedarf zugewiesene Material zu Möbeln zu verarbeiten.

Zum Hilfsdienstgesetz stimmte der Verbandstag einer Resolution zu, in welcher eine Reihe von Forderungen erhoben wird. Darunter interessiert uns insbesondere dieser Punkt: „Eine angemessene Entlohnung und Behandlung, insbesondere der bisher Selbständigen, ist dringend zu fordern.“ Wir können diese Forderung nachdrücklich unterstützen; natürlich verlangen wir angemessene Entlohnung und Behandlung nicht nur für die bisher Selbständigen, sondern für alle Beschäftigten. Daß die Arbeitgeber diese Forderung ablehnen, läßt darauf schließen, daß mancher ehrbare Meister die Behandlung, die ihm nun als Arbeiter zuteil wird, recht unangenehm empfindet. Das ist eine gute Säule und geeignet, den betreffenden Herren Verständnis für die Forderung der Arbeiter zu verschaffen. Wenn wir uns demnach bei den bevorstehenden Tarifverhandlungen mit den Arbeitgebern über bessere Entlohnung unterhalten werden, lassen wir, geführt auf die Forderung, die sie selbst erheben, Entgegenkommen zu finden.

Ueber die Zusammenlegung der Betriebe referierte Herr Vergmüller (München). Er legte Leitfäden vor, deren Wortlaut jedoch im vorliegenden Bericht nicht mitgeteilt wird. Dann sprach Herr Kahardl über die Uebergangswirtschaft unter Berücksichtigung der Rohstoffbeschaffung. Er wies unter anderem darauf hin, daß das Gewerbe für längere Jahre auf ausländische Holzwerke verzichten müssen, und er empfahl dringend, ungefähr auf die Eindeckung mit Material Bedacht zu nehmen. Die Rohstoffbeschaffung ist eine für das Gewerbe äußerst wichtige Angelegenheit, und den Bezirksverbänden des Arbeitgeber-Schutzverbandes wurde empfohlen, sich zu Rohstoffbeschaffungs-Genossenschaften umzugestalten.

Der Verbandstag beschäftigte sich dann noch mit der Lebensmittelversorgung, worüber Dr. Müffelmann (Berlin) referierte. Die bevorstehenden Tarifverhandlungen scheinen nach dem vorliegenden Bericht keinen besonderen Punkt der Verhandlungen gebildet zu haben. Unter „Verschiedenes“ heißt es am Schluß des Berichtes: „Ein vom Holzarbeiter-Verband an den Schutzverband gestelltes Anliegen auf Neuklassifizierung der Städte wurde nach eingehender Aussprache der Verhandlungskommission überwiesen.“ Hiernach ist anzunehmen, daß die Vertragsfragen auf dem Verbandstag erörtert wurden. Da die Verhandlungen über die Erneuerung der Verträge demnächst beginnen werden, wird man bald merken, in welchem Sinne die Arbeitgeber dazu Stellung genommen haben.

Die Gewinne der Sägewerke.

h. Bei den Verhandlungen für das bayerische Sägewerke am Kriegsamt in München hat der Vertreter der Heeresverwaltung erklärt, daß in der Sägewerke solche Verdienste erzielt werden, daß den Arbeitern auskömmliche Löhne gezahlt werden können. Die Herren Arbeitgeber haben das zwar nicht direkt bestritten, aber sie taten so, als ob ihre Lage gar nicht so rosig sei. Wesentliche Lohnerhöhungen könnten sie bei den Preisen, wie sie die Heeresverwaltung zahlt, nicht gewähren. Wie es mit den Gewinnen in den Sägewerken bestellt ist, zeigt das folgende Interat, das der „Bayerischen Zeitung“ vom 11. Oktober entnommen ist:

Eltene Gelegenheit!

Wegen vorgerückten Alters ist ein schuldenfreies Sägewerk in Bayern, nächst der Bahn und großen Waldungen, zweigatterig, mit Nebenbetrieb, veräußlich. Reingewinn 1914: 12 000 Mk., 1917: 50 000 Mk. usw.

Dieser Betrieb hat während der Kriegszeit seinen Reingewinn um 38 000 Mk. oder rund 318 Prozent gesteigert. Damit ist klar bewiesen, daß die Sägewerke riesenprofite verdient hat und auskömmliche Löhne gezahlt werden können. Welche Reingewinne müssen erst unsere großen Sägewerke, wo 7, 8 und mehr Gatter laufen, erzielt haben, wenn schon ein kleiner Betrieb einen solchen Nutzen abwirft. Schade, daß es nur ganz vereinzelt die Möglichkeit erfährt, welche Riesengewinne erzielt werden.

Gewerkschaftliches.

Verjämmerungsbestrebungen im Glaserverband.

Am 21. Oktober fand in Karlsruhe eine Sitzung des Verbands des Glaserverbandes statt, an welcher der Verbandsvorstand und der Vorsitzende des Ausschusses teilnahmen. Es wurde beschlossen, vom 1. Januar an das statutarische Sterbegeld wieder in voller Höhe auszusahlen.

Der wichtigste Gegenstand der Beratung war die Frage der Verjämmerung. Es scheint, daß die Meinung zur Verjämmerung bei den Teilnehmern der Konferenz allgemein war, denn die Diskussion drehte sich nicht um die Frage, ob eine Verjämmerung stattfinden soll, sondern es wurde darüber diskutiert, an welche Organisation sich der Glaserverband anschließen soll. Einige Vertreter der Bank- und Kleinglaserverbands traten für den Anschluß an den Bauarbeiter-Verband ein, während sich die Vertreter der Rohnmacher für die Verjämmerung mit dem Holzarbeiter-Verband aus-

sprachen. Schließlich wurde folgende Resolution angenommen.

„Der Beirat ist der einstimmigen Ueberzeugung, daß die Verjämmerung unseres Verbandes mit einem großen Verbands notwendig ist. Um jeden Schein der Einseitigkeit zu vermeiden, beauftragt er deshalb den Hauptvorstand, mit den Vorständen des Holzarbeiter- und des Bauarbeiter-Verbandes in Verbindung zu treten, um die Uebertrittsbedingungen kennenzulernen und festzulegen. Sofort nach Friedensschluß hat der Hauptvorstand eine Abstimmung unter den Mitgliedern vorzunehmen und das Resultat derselben sowie die Uebertrittsbedingungen einem der Abstimmung folgenden Verbandstag zur Beratung und Beschlußfassung vorzulegen.“

Die Invalidentunterstützung im Buchbinder-Verband.

Der Buchbinder-Verband ist eine der wenigen Gewerkschaften, welche die Invalidentunterstützung eingeführt haben. In der „Buchbinder-Zeitung“ wird jetzt daran erinnert, daß zehn Jahre verfloßen sind seit Beginn der Erhebung von Beiträgen für diese Unterstützung. Die Einführung dieses Unterstützungszweiges hat sich nicht sehr glatt vollzogen. Eine im Jahre 1907 vorgenommene Abstimmung hatte das Ergebnis, daß sich gleich viel Mitglieder für und gegen die Einführung aussprachen. Der im selben Jahre abgehaltene Verbandstag sah deshalb von der Einführung ab, aber es wurde beschlossen, die freiwillige Beitragszahlung für die Invalidentunterstützung zu gestatten. Bei der späteren Einführung der Unterstützung sollten die Beiträge angerechnet werden. Auf dem Verbandstag im Jahre 1910 wurde die Invalidentunterstützung mit Stimmgleichheit abgelehnt, eine im Anschluß daran vorgenommene Abstimmung brachte aber eine große Mehrheit für die Einführung. Die Unterstützung ist seither für die Mitglieder der höchsten Beitragsklasse obligatorisch, die Mitglieder der folgenden Klasse können das Anrecht auf Invalidentunterstützung durch einen wöchentlichen Beitrag von 15 Pf. erwerben. In Unterstützung werden bei Eintritt der Invalidität nach mindestens fünfjähriger Beitragsleistung monatlich 20 Mk., nach zehnjähriger Mitgliedschaft monatlich 25 Mk. gezahlt.

Die Einnahmen des Invalidentfonds betragen bisher etwa 528 600 Mk., der Vermögensbestand am 1. Oktober rund 513 000 Mk. Da die Karenzzelt für die Unterstützung fünf Jahre beträgt, konnte frühestens von Oktober 1912 an eine Zahlung in Frage kommen. Bisher haben insgesamt 30 Mitglieder Invalidentunterstützung bezogen; zurzeit hat der Verband 20 Bezüher. Ein Urteil über die Einrichtung, insbesondere auch darüber, ob der wöchentliche Beitrag von 15 Pf. ausreicht, läßt sich noch nicht abgeben. Vorerst wird die Zahl der Unterstützungsempfänger noch andauernd steigen, und es wird noch eine Reihe von Jahren dauern, ehe der Beharrungszustand eintritt. Die Folgen des Krieges werden sich voraussichtlich auch für die Invalidentkasse des Buchbinder-Verbandes noch unliebsam bemerkbar machen. Immerhin ist es ein interessantes Experiment, das Beachtung verdient.

Literarisches.

Die Neue Zeit, Wochenschrift der deutschen Sozialdemokratie. Verlag von J. S. W. Dieck Nachf. G. m. b. H., Stuttgart. Einzelheft 30 Pf., vierteljährlich 3,90 Mk.

Die „Neue Zeit“ bringt unter der Redaktion von Heint. Cunow der Gewerkschaftsbewegung größeres Interesse entgegen. So enthält das Heft 3 u. a. Aufsätze von Legien über „Die Berner internationale Gewerkschaftskonferenz“, von Ullbrecht über „Praktische Friedensarbeit“, von Schypel über „Trusts und Schleuderkonkurrenz in der Handelspolitik“, von Wiffell über „Mutterchutz und Säuglingschutz“. Das Heft 4 enthält u. a. einen Aufsatz von Cunow: „Nach der Würzburger Tagung“, Emil Dittmer schreibt über „Höhere Grundlöhne oder Teuerungszulagen?“, Hermann Mätkutat über „Krankentafeln und Wohnungsfürsorge“. — Das Abonnement der „Neuen Zeit“ kann auf das angelegentlichste empfohlen werden.

Gekorbene Mitglieder.
 Paul Bräuer, Tischler, 32 J., gest. in Breslau.
 Waldemar Reihner, Tischler, 63 J., gest. in Breslau.
 Heinrich Droske, Maschinenarbeiter, 56 J., gest. in Breslau.
 Gustav Möller, Ritzmacher, 45 J., gest. in Wetzlar.
 Ernst Müller, Schreiner, 75 J., gest. in Frankfurt a. M.
 Ehre ihrem Andenken.

Tischler auf Heeresarbeit stellt sofort ein D. Schneider, Greßwitzerweg (Bz. Magdebg.).

Bau- u. Möbeltischler stellt ein Kurt Siebert, Rastenburg (Dopr.).

Propellertischler mündlich, welcher sich mit Kapital tätig beteiligen kann, gesucht. Offerten an H. Altmeyer, Berlin, Bernauer Straße 11.

Wichtige Kistenbauer finden Beschäftigung bei Gruber & Gröbe, Dresden II., Coswigersstr. 4

Werkzeug-Fabrik und **Isoliermaschinen** suchen C. A. Reith, Stadthaus, Berlin, Ritterstr. 75.

Korbmacher sucht nach Herrn Griebeth, Dresden II., Am See 34.

Korbmacher auf Minenörbe stellt ein Roß, Berlin W. 57, Bümenthalstr. 14.

Fachkundiger, energischer Mann als
Borarbeiter oder Meister
 für unser Sägewerk gesucht.
 Schriftliche ausführliche Angebote erbeten an:
 Vettinger Dürsten- u. Pinselabrik G.m.b.H., Vettingen am Main.

Bürstenmacher. Piaßavaerjag-Weber verlangt Ad. Koch, Berlin C. 25, Prenzlauer Str. 14/15.

Fiber, weiss, gehechelt, per
300 Zentner geschälte Weiden,
400 Zentner ungeschälte Weiden?
 Best. Angebote erbitlen
 Calm & Ahlfeld, Rohwarenfabrik, Bernburg.

Werkzeug-Neuheiten.
 Preislisten gratis und franko!
 Otto Bergmann, Berlin SO., Opplendorfer Str. 31.

Das Kapital. Artikel der politischen Ökonomie. Jedes Heft: Der Produktionsprozeß des Kapitals, S. 1-2. 10 S. Gebd. 50 Pf. Verlagsanstalt d. Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Aus meinem Leben. Von August Hebel. 72 S. Gebd. 1.50 Mk. Verlagsanstalt d. Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Volkserzählungen von Theodor Hebel. 60 Pf. Verlagsanstalt d. Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Welche Firma liefert uns
 gegen vorschriftsmässigen Bezugschein
300 Zentner geschälte Weiden,
400 Zentner ungeschälte Weiden?
 Best. Angebote erbitlen
 Calm & Ahlfeld, Rohwarenfabrik, Bernburg.

Tischlerfachschule Detmold
 Eigenes Schulgebäude Lagesche Straße 94
 Kurzfristige Ausbildungskurse
 Kriegsbeschädigte wenden sich wegen der Kosten der Ausbildung an ihre Fürsorgestellen
 Bestellungen auf Zeichnungen jeder Art werden angenommen
 Auskunft und Prospekt durch die Direktion B. Kolscher

Paritätische Arbeitsnachweise im deutschen Holzgewerbe.

Verwaltet vom Arbeitgeber-Schutzverband für das deutsche Holzgewerbe und dem Deutschen Holzarbeiter-Verband.

Wochenbericht vom Sonnabend, 20. Oktober, bis Freitag, 26. Oktober 1917.
 A = Im Laufe der Woche besuchte Arbeitsstellen. B = Offene Arbeitsstellen.
 C = Gemeldete Arbeitslose am Schluß der Woche.

Ort	Bauarbeiter			Möbeltischler			Polierarbeiten			Polierer			Drehler			Sonstige Branchen			Insgesamt		
	A	B	C	A	B	C	A	B	C	A	B	C	A	B	C	A	B	C			
Berlin	8	46	31	20	40	34	37	14	29	2	2	94	98	183	20	252					
Bremen		1	1			1						3	1	5		2					
Breslau	3		1	4		4		2	1				5	2	18	3					
Celle																					
Chemnitz	1	6			4											1	10				
Eilenburg					4										14	4	14				
Fest																					
Hamburg																					
Hannover														7	2	7	10				
Hertford																					
Leipzig	3			12	48		5	13	2	6		1		6	3	28	71	3			
Süßdorf	3	1			3																
Zusammen	15	10	47	45	91	46	40	17	37	16	8	30	2	1	2	110	119	118	228	137	274
Bor. Woche	25	6	49	53	80	51	38	11	43	17	6	30	2	2	2	100	22	113	235	130	279

17. Unsere Mitglieder sind verpflichtet, nur den paritätischen Arbeitsnachweise zu benutzen.